

Positionspapier zum Thema „Social Media Verbot für Kinder und Jugendliche“

Kinder und Jugendliche wachsen zu großen Anteilen in einer digitalen Umwelt auf. Für Erwachsene mit Erziehungsverantwortung ist es schwer, sie dabei zu begleiten. Oft sind die Kinder den Erwachsenen weit voraus. Dabei sind Social Media & Co so schnelllebig, dass die Entwicklungen selbst für hauptberufliche Pädagoginnen und Pädagogen und andere Erziehungsverantwortliche nicht mehr zu überschauen sind. Pädagogisch Schritt zu halten, scheint unmöglich.

Um die Kontrolle über die Einflüsse auf Kinder und Jugendliche zurück zu gewinnen, sie vor allem vor den vielfältigen Gefahren des unkontrollierten Internets zu beschützen, wird derzeit in vielen Ländern ein Verbot der Social-Media-Nutzung unterhalb einer bestimmten Altersgrenze diskutiert oder wurde bereits eingeführt.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendbeauftragten des Landes Brandenburg möchte in diesem Diskussionsprozess einen wichtigen, aber unterrepräsentierten Aspekt in den Fokus rücken: die Sichtweise von Kindern und Jugendlichen selbst.

Beteiligung statt Bevormundung

Wir fordern die Bundesregierung sowie die Landesregierungen auf, die Debatte über Verbote oder Altersbeschränkungen sozialer Medien gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen zu führen und ihre Perspektiven verbindlich einzubeziehen.

Kinder und Jugendliche sind unmittelbar betroffen. Entsprechend ihrer Rechte – insbesondere nach der UN-Kinderrechtskonvention – müssen sie an diesen Entscheidungen beteiligt werden.

Ein pauschales Verbot lehnen wir ab. Stattdessen braucht es eine Gesamtstrategie aus:

- Beteiligung
- konsequentem Kinderschutz
- starker Medienkompetenz
- verbindlicher pädagogischer Begleitung

Digitale Medien sind für junge Menschen zentral für Teilhabe, Information und soziale Beziehungen. Gleichzeitig sind sie Risiken wie Gewalt, Hate Speech, Desinformation, Belästigung und Suchtmechanismen ausgesetzt. Kinderschutz muss deshalb auch im digitalen Raum konsequent gewährleistet werden.

Verbote sind keine nachhaltige Lösung – sie lassen sich umgehen und verdrängen junge Menschen in unsichere Räume. Entscheidend ist vielmehr, sie durch pädagogische Begleitung zu stärken, damit sie sich sicher und reflektiert im digitalen Raum bewegen können.

Das bedeutet auch: Eltern und Erziehungsberechtigte, Fachkräfte, Schulen und Träger brauchen Unterstützung, um dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Wir fordern daher:

1. Verbindliche Beteiligung junger Menschen an allen politischen Entscheidungen zu sozialen Medien
2. Verpflichtende Medienbildung für Kinder, Jugendliche und Eltern und Erziehungsberechtigte in Schule, Jugendarbeit und außerschulischen Angeboten
3. Konsequenter Kinderschutz im digitalen Raum, insbesondere vor Gewalt, Belästigung, Kostenfallen und manipulativen Inhalten
4. Stärkere Regulierung von Plattformen (Algorithmen, Datenschutz, Suchtmechanismen, Desinformation)
5. Ausbau pädagogischer Begleitung durch qualifizierte Fachkräfte und entsprechende Ressourcen

Kinder und Jugendliche haben das Recht, gehört zu werden und mitzuentcheiden.

Gute Digital- und Bildungspolitik setzt auf Beteiligung, Schutz und Befähigung – nicht auf Verbote.